



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Voous

Telefon: (0221) 221 24954

Fax: (0221) 221 28650

E-Mail: jugendhilfeausschuss@stadt-koeln.de

Datum: 14.11.2017

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zum Thema „Haushaltsplan 2018“** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 12.10.2017, 15:15 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Pöttgen, Andreas	SPD-Fraktion
Schultes, Monika	SPD-Fraktion
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Klausing, Christoph	CDU-Fraktion
Jahn, Kirsten	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Kessing, Ulrike	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke.
Laufenberg, Sylvia	FDP-Fraktion
Braun, Ilona	BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (in Vertretung für Frau van Doorn)
Blum-Maurice, Renate	Dt. Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V. für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Dompke, Tobias	Sportjugend Köln (in Vertretung für Frau Kupferer)
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V. (bis 16:05 Uhr)

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schmerbach, Cornelia	SPD-Fraktion
Fürstenberg-Schröder, Gero	CDU-Fraktion
Clemens, Frank	Fraktion Die Linke.
Nüsser, Christian	FDP-Fraktion
Kleine, Monika	SKF e.V. Köln (bis 16:05 Uhr)

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Gümüs, Attila	Jugendamtselternbeirat Köln (bis 15:50 Uhr)
---------------	---

Mensching, Ulrike

Evangelischer Kirchenverband Köln
und Region

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Piger, Jürgen

entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft
Lesben, Schwule und Transgender (in Ver-
tretung für Herrn Haas)

Ottenberg, Ingrid

entsandt von der Seniorenvertretung
der Stadt Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise

SPD-Fraktion

Bauer, Hans-Josef

CDU-Fraktion

Binossek, Stephan

FDP-Fraktion (in Vertretung für Frau
Casser)

**Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit
beratender Stimme**

Bergmann, Ulrich

Der Paritätische Köln e.V.

Drewes, Daniel

Evangelischer Kirchenverband Köln –
Jugendpfarramt

Schmerbach, Cornelia

Arbeitskreis für das ausländische Kind
- AAK e.V.

Gross, Almut

Jugendhilfe Köln e.V.

Horstkotte-Löffelholz, Christoph

Kölner Spielewerkstatt e.V. (in Vertretung für
Herrn Schäfer-Remmele – Theaterpädago-
gisches Zentrum e.V.

Koerber, Sebastian

Rhein Flanke gGmbH

Krämer, Andrea

Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und
Ökologische Bildung (in Vertretung
für Frau Reichartz-Bock)

Kura, Jürgen

Väter in Köln e.V.

Lehmann, Christiane

Handwerkerinnenhaus Köln e. V. (in Vertretung
für Frau Mahr - LOBBY für Mädchen/ Mädchen-
haus Köln e.V.)

Ruda, Marc

DRK-Kreisverband Köln Jugendrot-
kreuz

van Ooyen, Johannes

ConAction e.V.(in Vertretung für Herrn Sinoplu –
Coach e.V.)

Walter, Regine

Progressiver Eltern- und Erziehver-
band e.V.

Welke, Ingrid

Rom e.V.

Welter, Sabine

Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung
für Frau van Dawen-Agreiter)

Will, Bernd

AG „Offene Tür (in Vertretung für Frau
Empacher – AWO Köln e.V.)

Dr. Zäschke, Wolfgang

Jugendhilfe und Schule e.V. - Jugend-
laden Nippes Museum

Verwaltung

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes
Glaremin, Stephan

Dezernentin
Leiter des Amtes für Kinder, Jugend
und Familie

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten

Blümel, Helga

Dr. Becher, Uta
Dopke, Theresia

Hoffmann, Bettina
Horstkemper-Schürmann, Hildegard
Saxler, Hans-Josef
Volland-Dörmann, Ulrike
Dr. Weber, Gabriela

Diakonisches Werk des
ev. Kirchenverbandes
Bundesagentur für Arbeit
Kellerladen - Initiative für gemeinsa-
me Arbeit e.V.
Perspektive Bildung e.V.
Perspektive Bildung e.V.
Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
AWO Kreisverband Köln e.V.
Bundesagentur für Arbeit

Herr Bürgermeister Dr. Heinen eröffnet die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2018. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Zuschauer auf der Tribüne sowie die anwesenden, fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Herr Pfeuffer von der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (IV/2-),
- Herr Käufer vom Amt für Kinder, Jugend und Familie; Stabstelle Kita-Bau (-51/1-),
- Herr Mießeler vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-),
- Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste (-511-),
- Frau Baars vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-),
- Herr Betz vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und –betreuung für Kinder (-513-),
- Frau Vossen vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Bezirksjugendämter (-515-).

Mit dem vorgegebenen Text **verpflichtet** er

- Frau Ulrike Kessing (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)
- Herrn Stephan Biniossek (FDP-Fraktion)
- Herrn Daniel Drewes (Evangelisches Jugendpfarramt).

Er gibt folgende **Hinweise** der Verwaltung bekannt:

Auf der Tagesordnung befindet sich nur eine Beschlussvorlage. Dazu hat es keine vorbereitenden Gremien gegeben. Somit wird auf eine Vorberatungsliste verzichtet.

Weiterhin wurden folgende Unterlagen als **Tischvorlage** ausgeteilt:

- TOP 2.1 (2972/2017)
- TOP 3.1 (3107/2017)
- TOP 3.2 (3161/2017)
- zu TOP 2.1 (AN/1509/2017) Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT
- zu TOP 2.1 (AN/1510/2017) Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
- zu TOP 2.1 (AN/1517/2017) Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Bürgermeister Dr. Heinen, noch die Punkte 3.1, 3.2, zu .2.1 (AN/1509/2017), zu 2.1 (AN/1510/2017) und zu 2.1 (AN/1517/2017) auf die **Tagesordnung** aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden. Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung
- 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021
2972/2017
- zu 2.1 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2018
AN/1517/2017
- zu 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021 (Vorlage 2972/2017)
AN/1509/2017
- zu 2.1 Wohnen, Verkehr, Geflüchtete, Bildung - Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2018
AN/1510/2017

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Gesetzentwurf des Landes "Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen"
3107/2017
- 3.2 Leitprojekte des Dezernates IV
3161/2017

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Dr. Butterwegge, Herr Klausing und Herr Pöttgen benannt.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Da heute keine Mitglieder der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung anwesend sind, entfällt der Beschluss.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine persönlichen Erklärungen abgegeben.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021 2972/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt der Verwaltung für die fristgemäße Einbringung des Haushaltentwurfs. Der Jugendhilfeausschuss beschließt über den Fachhaushalt, der Bestandteil des vom Finanzausschuss zu verabschiedenden Gesamthaushaltsentwurfs sei.

Er sei erfreut darüber, dass der zu verabschiedende Haushalt die Frage der Tarifkostensteigerungen berücksichtige, die jahrzehntelang diskutiert worden sei. Darüber hinaus berücksichtige dieser Haushaltsentwurf eine Vielzahl von grundlegenden Forderungen der freien Träger, Institutionen und Vereine.

Dennoch gebe es drei Veränderungsnachweise, die zum Teil auch Überschneidungen enthalten. In der Diskussion vor der Abstimmung werde jede Fraktion ihren Veränderungsnachweis begründen. Er schlägt vor, die Veränderungsnachweise nach Fraktionsstärke zu behandeln.

Da gegen diesen Vorschlag keine Einwände erhoben werden, bittet er die SPD-Fraktion zu Wort.

Herr Pöttgen erklärt seine Enttäuschung über die bisherige Arbeit der Schwarz-Grünen Koalition. Ein Meilenstein sei die Durchsetzung des Partizipationskonzepts gewesen. Darüber hinaus habe man jedoch kaum etwas für die Kinder und Jugendlichen bewirkt.

Es freue ihn, dass das Thema Kitabeträge aufgerufen werde. Zur Debatte stehe ein Betrag in Höhe von 3.500.0000 Euro, den die Schwarz-Grüne Koalition in der Haushaltsplanung 2016/17 nicht berücksichtigt habe. Diese Summe habe sich nun um 15.000.000 Euro erhöht. Sie solle in die Verbesserung der Qualität der Kitas investiert werden und Familien zugute kommen.

Die SDP-Fraktion könne dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen, da sich die Schwarz-Grüne Koalition weder dem zusätzlichen kommunalen Anteil in der offenen Ganztagsbetreuung noch den Elternbeiträgen annehme. Er sei nicht der Meinung, dass Kinder und Jugendliche in dieser Koalition gut aufgehoben seien.

Bevor er die Inhalte des Veränderungsnachweises anspricht, weist er auf einen Fehler im Veränderungsnachweis hin und erklärt, dass das Projekt "Balu & Du" weiterhin ein Projekt des Eva e.V. bleibe.

Ein wiederkehrendes Thema sei die Schaffung von Freiräumen für Kinder und Jugendliche, die einen Aufenthalt im öffentlichen Raum ohne Pädagogisierung oder Verdrängung bieten. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Pöttgen über die Kalthalle in Köln Kalk, die ein Vorzeige-Projekt beherbergt habe. Dort wurde Kindern und Jugendlichen in einem Projektbüro die Möglichkeit zur Partizipation gegeben. Da die Kalthalle renovierungsbedürftig sei, sehe der Veränderungsnachweis eine finanzielle Unterstützung zur Modernisierung vor.

Gefördert werden solle auch das Jugendcafé „Bugs“ der Caritas, erklärt Herr Pöttgen. Im Rahmen eines Ortstermins habe er sich am Tage der U18-Wahl von der Einrichtung überzeugen können, die Kindern und Jugendlichen der ganzen Stadt ein Angebot biete. Das offene Jugendangebot sei eine Unterstützung für Jugendliche, denen die finanziellen Mittel fehlen, und die sich dennoch eine Teilnahme an Jugendangeboten wünschen. Daher spricht sich Herr Pöttgen dafür aus, dieses Projekt in die Regelförderung aufzunehmen.

Als letztes Thema des Veränderungsnachweises spricht Herr Pöttgen die Väterarbeit an. Der Verein Väter in Köln e.V. habe eine Entwicklung angestoßen, der seitens der Stadt Anerkennung gezollt werden müsse. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei für engagierte Väter, die an der Erziehung teilhaben wollen, elementar. Diese Arbeit wolle man so unterstützen, dass engagierte Väter dort ihren Beitrag leisten können.

Herr Dr. Schlieben macht darauf aufmerksam, dass Herr Pöttgen zu Tagesordnungspunkt 3.1 gesprochen habe. Es sei schön, dass die Verwaltung die Verabschiedung eines Gesetzes erwarte, das den Trägern der Jugendhilfe 25.000.000 Euro und der Stadt als Träger 15.000.000 Euro zukommen lasse. Er freue sich, wenn dieses Gesetz verabschiedet werde. Es unterscheide die CDU-Fraktion von der SPD-Fraktion, dass sie warte bis das Geld da sei, um es zu verteilen. Die SPD-Fraktion gebe es bereits vorher aus, so Herr Dr. Schlieben.

Er schließt sich dem Lob der Frau Oberbürgermeisterin und des Ausschussvorsitzenden an die Verwaltung an, da mit dem Etat von 4,57 Milliarden Euro die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. 0,3 Prozent dieser Summe werden umgeschichtet. In bestimmten Themenbereichen habe das Bündnis aus der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Ratsgruppe GUT die Schwerpunkte deutlicher gesetzt. Er betont, dass Schule-, Jugendhilfe sowie Sportförderung diesem Bündnis besonders am Herzen liegen.

Herr Dr. Schlieben weist auf zwei Punkte hin, die im Finanzausschuss am folgenden Tag im Sinne der Jugendhilfe angeführt und nicht im vorliegenden Veränderungsnachweis aufgeführt werden:

Ein Punkt, sei die Fensterreinigung in Schulen, Kitas sowie öffentlichen Gebäuden, die von nun an wieder alle zwölf Monate im Innen- *und* Außenbereich durchgeführt werde.

Ein weiterer Punkt, den der vorliegende Veränderungsnachweis ebenfalls nicht enthalte, sei die qualitative und finanzielle Besserstellung der OGTS und der Über-Mittags-Betreuung.

Zum Veränderungsnachweis nennt er das Projekt „Freakout“, das nach parteiübergreifendem Konsens gefördert werden solle. Weiter führt er die Zusetzung für Personal beim Amt für Kinder, Jugend und Familie für eine schnellere Umsetzung der Sanierung von Spielplätzen an.

Abschließend erklärt er, dass weitere Punkte von den Mitgliedern des Bündnisses vorgestellt werden. Herr Dr. Schlieben bittet um Zustimmung für den Veränderungsnachweis.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert, dass die SPD-Fraktion eine Initiative für die intensivere Reinigung der Toiletten in den Schulen und OGTS aufgrund der übermäßigen Belastung gestartet habe und fragt, ob dieser Punkt in der Finanzausschusssitzung am folgenden Tag ebenfalls behandelt werde.

Herr Dr. Schlieben und **Frau Laufenberg** bejahen dies.

Frau Jahn bestätigt die Thematisierung der Fenster- und Grundreinigung, sowie der Toilettenreinigung an Kitas und Schulen. Sie schließt sich Herrn Dr. Schlieben dahingehend an, dass man eine stadtweite qualitative Stärkung der Bestandsgruppen der zehn- bis vierzehnjährigen der OGTS und der Über-Mittags-Betreuung durch eine Zusetzung erreichen wolle. Die Zielrichtung beziehe sich dabei auf Inklusion und Integration.

An Herrn Pöttgen gewandt, erklärt sie, dass dieses Jahr zum ersten Mal rechtzeitig vor Jahresbeginn der Haushalt für das Jahr 2018, und dies ohne vorläufige Haushaltsführung, verabschiedet werde. Daher seien die Zusetzungen für das Jahr 2018 bereits bekannt, so dass mit den Geldern bereits konkret kalkuliert werden könne. Sie dankt der Frau Oberbürgermeisterin, der Kämmerei und allen beteiligten Dezernaten für die frühe Einbringung des Haushalts, die Verlässlichkeit schaffe.

Sie sehe als weiteren Meilenstein neben der Partizipation, den finanziellen Ausgleich der Tarifkostensteigerung, der den Trägern Planungssicherheit biete.

Besonders hervorheben möchte sie die folgenden Punkte des Veränderungsnachweises:

- Die Erziehungsberatung, bei der die erhöhten Trägeranteile abzubauen seien. Die Verwaltung werde gebeten, entsprechende Vorschläge dazu zu unterbreiten.
- Das Ferienhilfswerk: Die Gelder dazu seien lange eingefroren gewesen. Hier gehe es um klassische Stadtranderholungen, die vielen Kindern zugänglich gemacht werden sollen. Es bestehe ein erhöhter Bedarf, dem mit 100.000 Euro Rechnung getragen werden solle.
- Der Wilhelmshof, der Umweltbildung biete.
- Traube e.V und Hennamond e.V..

Frau Jahn merkt an, dass die Verabschiedung eines Haushalts ein Prozess sei und weist auf den Antrag im Finanzausschuss mit den entsprechenden Deckungsvor-

schlagen am Folgetag hin. Der hier eingebrachte Deckungsvorschlag zum Jugendangebot Waldbadviertel in Ostheim habe die Korrektur eines Fehlers im Haushalt der Verwaltung zum Ziel gehabt. Nun habe sie jedoch erfahren, dass es sich um einen Übertragungsfehler handle, der im Veränderungsnachweis 1 bereits korrigiert worden sei. Somit werde der Deckungsvorschlag zum Jugendangebot Waldbadviertel in Ostheim gestrichen. In der Sitzung des Finanzausschusses am morgigen Tag werde dann der korrigierte, umfassende Deckungsvorschlag vorgestellt.

Frau Laufenberg teilt ebenfalls die Ansicht, dass ein guter Haushalt verabschiedet werde, der zum Teil durch die hohen Gewerbeeinnahmen ermöglicht werde. Man habe in den letzten Jahren eine Vielzahl von Kürzungen hinnehmen müssen und dennoch gemeinsam versucht, Projekte zu retten. Dennoch warne die FDP-Fraktion davor, davon auszugehen, dass diese gute Ausgangslage auch für die zukünftigen Haushalte gelte.

Als wichtige Punkte des Veränderungsnachweises nennt sie die Förderung von Traube e.V. sowie der Väterarbeit e.V.. Als letzten Punkt, der nicht im Veränderungsnachweis aufgeführt werde, aber in der Finanzausschusssitzung behandelt werde, sei die Zusetzung in der mobilen Jugendarbeit. Die finanzielle Unterstützung solle für die Anschaffung eines weiteren Trucks genutzt werden.

Frau Dr. Butterwegge stellt den Veränderungsnachweis der Fraktion Die Linke. vor und erinnert, dass sich ihre Fraktion ein sozialeres und familien-, kinder- und jugendfreundlicheres Köln zum Ziel gesetzt habe. Privater Reichtum dürfe nicht der öffentlichen Armut gleichgültig gegenüberstehen. Es könne nicht sein, dass vermögende Wohltäter bestimmen, wo Mittagstische eröffnet werden. Starke Schultern müssen stärker belastet werden. Dies sei nur durch eine Anhebung der Gewerbesteuer möglich. Die Anhebung der Gewerbesteuer um zehn Punkte verkraften auch Städte wie Bonn, Wuppertal oder München, so Frau Dr. Butterwegge. Diese zusätzlichen Einnahmen wolle man in den Bereich Kinder und Jugend reinvestieren. Dazu solle die Anzahl der städtischen Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer erhöht werden.

Der Schwerpunkt der Vorschläge liege in der Rücknahme von Kürzungen wie beispielsweise der Beitragsbefreiung von Kita-Gebühren. Als weitere Vorschläge des Verwendungsnachweises hebt sie hervor:

- Weiterführung des Projektes der Stadtteilmütter in Mülheim. Es sei eine Zusetzung in Höhe von 250.000 Euro vorgesehen.
- Ausbau des Streetwork-Angebots am Kölnberg um eine Stelle,
- Maßnahmen zur Umgestaltung der dortigen Spielplätze,
- Förderung des Ferienhilfswerks,
- Zuschuss für die Arbeit des Jugend- und Migrantenzentrums in Nippes,
- Projektzuschuss für die Halle 59 in Kalk,
- Institutionelle Förderung von Vereinen wie Mittendrin e.V. und Väterarbeit e.V.,
- Zuschüsse für die kommunale Schulsozialarbeit in Höhe von 1.300.000 Euro,
- Vervierfachung der Schulprojektmittel in benachteiligten Sozialräumen, beispielsweise für das Thema Gewaltprävention,

- Zusetzung in Höhe von 1.000.000 Euro im Bereich des offenen Ganztags mit der Zielsetzung der Qualitätsverbesserung für die Schaffung einer Finanzierungsgrundlage trotz der Zuständigkeit des Landes.

Frau Dr. Butterwegge merkt an, dass diese Vorschläge nur darauf abzielen, vereinzelte Strukturen in der Kinder- und Jugendhilfe zu erhalten oder zu verbessern. Angesichts der größeren Bedarfe stellen sie jedoch nur einen „Tropfen auf dem heißen Stein“ dar. Um ein Vielfaches höhere Investitionen seien notwendig, damit die dort ansässigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gute Arbeit mit langfristiger Planungssicherheit, vor Allem in benachteiligten Sozialräumen, leisten können.

Herr Bergmann äußert sich im Namen der LIGA zum Haushalt. In den Gesprächen, die man im Vorfeld mit allen Fraktionen und der Verwaltung geführt habe, sei durchgängig spürbar gewesen, dass man gemeinsam etwas für Bildung und Soziales sowie Kinder und Jugendliche der Stadt bewegen wolle. Er bedankt sich dafür. Die Dynamisierung des Verwaltungshaushalts im Bereich der Zuwendungen stelle einen Meilenstein dar. In den verschiedenen Verwendungsnachweisen sehe man Akzentsetzungen, die zu begrüßen seien. Dieses Haushaltsjahr sei daher vergleichsweise unproblematisch. Es liege jedoch in der Natur der Sache, dass man in der Trägerlandschaft nie wunschlos glücklich sei. Grund dafür seien die Herausforderungen dieses Arbeitsfeldes.

Ein Themenfeld, das nicht zur Zufriedenheit der LIGA behandelt werde, sei die OGTS. Das Volumen der Initiativen zum letzten kommunalen Haushalt hinsichtlich der OGTS belief sich im LIGA-Papier auf 20.000.000 Euro. Die Kampagne, die man in diesem Jahr als Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen landesweit im Zuge der Landtagswahl unterstützt habe, habe sogar einen höheren pro-Kopf-Beitrag ausgewiesen. Aus Sicht der Kölner LIGA sei man hier bescheidener aufgetreten. Mit diesem Vergleich beabsichtige er, den erheblichen Handlungsdruck deutlich zu machen. Er hoffe, dass sich in der morgigen Finanzausschusssitzung bezüglich des freiwilligen kommunalen Anteils noch etwas bewege. Es sei unbestritten, dass es Sache des Landes sei, in dieser Frage tätig zu werden. Nichts desto trotz müsse die Kommunalverwaltung in diesem Punkt aktiv werden. Positiv zu bewerten sei, dass man im Zuge des Landtagswahlkampfes von verschiedenen Fraktionen gehört habe, dass zu diesem Thema eine gesetzliche Regelung angestrebt werde. Er hoffe nun auf entsprechende Umsetzung.

Er schließt sich Herrn Dr. Schlieben und Frau Dr. Butterwegge dahingehend an, dass sich eine Erhöhung des freiwilligen kommunalen Anteils auf die qualitative Ausgestaltung ausrichten müsse. Man dürfe nicht nur Kita-Plätze auszubauen, sondern müsse in die Lage versetzt werden, Fachpersonal zu halten, um die Qualität zu sichern.

Abschließend er erklärt er, dass die LIGA dem politischen Verwendungsnachweis der Mehrheitsfraktion zustimmen werde.

Herr Gümüs begrüßt die Rücknahme der Kürzungen in den Verwendungsnachweisen der Fraktion Die Linke. und der SPD-Fraktion. Seiner Ansicht nach habe die Stadt Köln die Vorbildfunktion aufgegeben, indem sie den Ball dem Land zuspiele. Dem Koalitionsvertrag nach habe die Landesregierung den Ball dem Bund abgegeben. Er sei gespannt, was bezüglich dieses Themas passiere, wenn eine Jamaica-Koalition Realität werde.

Zu Top 3.1 bewerte er positiv, dass das Land Geld in die Hand nehme. Man erachte die Trägervielfalt, deren Grundlage konfessionsgebundene, konfessionslose sowie kommunale Träger gemeinsam bilden, als eine Bereicherung. Köln sei sehr gut aufgestellt und er hoffe, dass dies auch so bleiben werde. Es schenke den Trägern aber lediglich eine Atempause. Er mahnt an, dass der Reform-Prozess im KiBiz weiterbetrieben werden müsse: eine dauerhaft tragfähige Finanzierung müsse geschaffen werden.

Herr Kura freut sich, dass man der Väterarbeit Gehör geschenkt habe. Er hoffe dazu beitragen zu können, dass Köln noch väter- und familienfreundlicher werde.

Als Nächstes stellt **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** die Verwendungsnachweise gemäß der Fraktionsstärke nacheinander zur Abstimmung.

zu Top 2.1 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2018

AN/1517/2017

Beschluss:

Gemäß Anlage

Anlage:

Thema	Verbesserung 2018	Verschlechterung 2018
Zusätzlicher freiwilliger kommunaler Anteil für die OGTS		1.100.000
Ausbau Ferienangebote für Kinder und Jugendliche: hier Aufstockung des Teilnehmerzuschusses von 10 Euro auf 12 Euro		128.000
Städtischer Zuschuss an JUGZ gGmbH für Umbau Kalthalle zur Skatehalle		140.000
Jährlicher Betriebskostenzuschuss JUGZ gGmbH für Medienprojekt Open Source in der Jugendeinrichtung Glashütte Porz		69.500
Regelförderung Caritas für Jugendangebot "Freak Out" am Hohenzollernring		50.000
Regelförderung eva e.V. für Mentorenprogramm Balu und Du		30.000
Zuschuss Jugendfarm Wilhelmshof für Bauarbeiten neues Gelände und Spielplatz		58.000
Regelförderung Väter in Köln e.V. für Väterarbeit in Köln		61.500
Regelförderung Trauerbegleitung Köln e.V.		30.000
Grundförderung mittendrin e.V. für Beratungsstelle für Inklusion		80.000
Betriebskostenzuschuss für HennaMond e.V.		89.790

Rücknahme Kürzung Beitragsfreiheit Kita		3.500.000
Mittel für die ehrenamtliche Begleitung von Flüchtlingskindern des Kölner Flüchtlingsrates / Kölner Freiwilligenagentur		52.000
Gesamt	Siehe Gesamt-VN / KfA FiA	5.388.790

Abstimmungsergebnis:

- 3 Zustimmung: SPD-Fraktion (3)
- 6 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1)
- 4 Enthaltungen: BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)

Mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkungen:

Frau Volland-Dörmann und ihre Vertreterin Frau Blümel (AWO Kreisverband Köln e.V.) sowie Frau van Dawen-Agreiter und ihr Vertreter Herr Semmo (SJD - Die Falken Kreisverband Köln) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**zu Top 2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021 (Vorlage 2972/2017)
AN/1509/2017**

Geänderter Beschluss (*Änderung kursiv markiert*):

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen zu dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise fortgeschriebenen und gemäß der beigefügten Anlage geänderten Entwurfs für den Haushalt 2018 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 für den Bereich der Jugendhilfe.

Anlage:

TP	Maßnahme	Verbesserung 2018	Verschlechterung 2018	Haushalts- und Sperrvermerke
604	FreD	0	35.000	Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumenten; dauerhaft für die Förderung zusätzlicher Projekte der Jugendarbeit
604	KIDsmiling	0	20.000	Zusätzliche Förderung von Fußballtrainings etc. / Personal

604	Erziehungsberatung - Abschmelzen des erhöhten Trägeranteils	0	300.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	EigenArt e.V. - Berufsorientierung rrh. Köln, Finanzierung einer Stelle	0	56.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Projektförderung Freakout	0	50.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Ferienhilfswerk	0	100.000	Stadtranderholung; Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Väterarbeit in Köln	0	30.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Ring politische Jugend	0	4.440	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Wilhelmshof (Jugendfarm)	0	65.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Traube e. V.	0	30.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Hennamond	0	50.000	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Schlau e. V./Anyway (Schul-aufklärung)	0	60.000	Freigabe durch Fach- und Finanzausschuss
604	Personalaufwand für die Erneuerung von Spielplätzen	0	85.000	
604	Jugendangebot Waldbadviertel Ostheim	290.000	0	(*)
Ges		0	885.440	

Abstimmungsergebnis:

- 7 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1),
- 4 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Fraktion Die Linke. (1)
- 2 Enthaltungen: BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)

Mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Volland-Dörmann und ihre Vertreterin Frau Blümel (AWO Kreisverband Köln e.V.) sowie Frau van Dawen-Agreiter und ihr Vertreter Herr Semmo (SJD - Die Falken Kreisverband Köln) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

(*) Die Position „Waldbadviertel“ wurde gemäß Wortbeitrag Frau Jahns (S. 9 dieser Niederschrift) gestrichen.

**zu 2.1 Wohnen, Verkehr, Geflüchtete, Bildung - Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2018
AN/1510/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, den Haushaltsplan der Stadt Köln für 2018 mit den in der Anlage aufgeführten Zu- und Absetzungen zu beschließen.

Anlage:

Aufwendungen

Produktgruppe	Maßnahme	Zusetzungen (-) und Absetzungen (+)	
		konsumtiv	investiv
Wohnen			
0902 - Stadtentwicklung	Milieuschutzsatzung: Vier zusätzliche Stellen für die Begleitung von zwei Milieu- schutzgebieten	-240.000	
1001 - Baugenehmigungen, Bauordnungsbehördliche Maßnahmen	Baulückenprogramm: fünf zusätzliche Stellen	-250.000	
1003 - Wohnraumförderung, Wohnungserhaltung u. -pflege, Hilfen für Wohnungssuchende	Wohnraumzweckentfremdung: fünf zusätzliche Stellen zur Erfassung und Verfolgung von Verstößen	-250.000	
1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum	Wohnungsamt: Neubau von Wohnanlagen		-8.000.000
1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum	Fonds für selbstverwaltete, soziale Wohnprojekte	-500.000	
1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft	Verzicht auf Gewinnabführung Grubo zugunsten einer Kapitalaufstockung des Unternehmens zur Ermöglichung von mehr Wohnungsbau	-3.600.000	
1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft	Verwendung der Dividendenausschüttung GAG für eine Aufstockung der Anteile der Stadt Köln an der regionalen Wohnungsgesellschaft GWG für regional ausgerichteten öffentlichen Wohnungsbau	-8.900.000	
Zwischensumme Wohnen		-13.740.000	-8.000.000

Radverkehr / Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

1201 - Straßen, Wege, Plätze	ein Radverkehrsbeauftragter pro Stadtbezirk	-400.000	
1201 - Straßen, Wege, Plätze	Aufhebung Radwegbenutzungspflicht: Zwei zusätzliche Stellen zur beschleunigten Prüfung und Aufhebung	-100.000	
1201 - Straßen, Wege, Plätze	Busspur für eine Schnellbuslinie auf dem Clevischen Ring (hier: Gutachten und Planung)	-150.000	
1201 - Straßen, Wege, Plätze	Busspur für eine Schnellbuslinie auf der Inneren Kanalstraße (hier: Gutachten und Planung)	-150.000	
1201 - Straßen, Wege, Plätze	Mobilitätsstation an der U-/S-Bahn-Haltestelle Chorweiler		-400.000
1201 - Straßen, Wege, Plätze	Fahrradabstellplätze an Schulen		-500.000
1201 - Straßen, Wege, Plätze	Rückbau freilaufender Rechtsabbieger für die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern (hier: Gutachten und Planung)	-450.000	
Zwischensumme Radverkehr / ÖPNV		-1.250.000	-900.000

Geflüchtete

1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum	Flüchtlingsrat: Rücknahme Kürzung	-3.792	
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Interkulturelle Zentren: Erhöhung des Zuschusses	-10.000	
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Interkulturelles Maßnahmenprogramm: Umsetzung des Ratsbeschlusses	-800.000	
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Konzept Osteuropäische Migranten	-50.000	

0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Außerschulische Flüchtlingsbetreuung ab 01.05.2018: Fortsetzung des Projektes	-51.867
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Therapiezentrum für Folteropfer: eine Stelle Kinder- und Jugendtherapeut*in	-60.000
Zwischensumme Geflüchtete		-975.659
Freiwillige Sozialleistungen		
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Offene Seniorenarbeit: zwei weitere halbe Stellen Stadtbezirke, eine halbe Stelle überbezirkliche Koordination	-75.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: eine halbe Stelle	-25.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Sozialräume: zusätzliche Mittel wg. Ausdehnung der Gebiete	-110.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Aktion Arbeitsunrecht: erstmaliger Zuschuss	-12.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	HennaMond – Mut, Rat und Lebenshilfe e.V., Zuschuss	-90.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Initiativen gegen Obdachlosigkeit: erstmaliger Zuschuss zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit	-100.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Öffentlichkeit gegen Gewalt: Erhöhung des Zuschusses	-25.000
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Handwerkerinnenhaus: Aufstockung auf je zwei Stellen für jedes der zwei Projekte	-56.400
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Lobby für Mädchen: Online-Beratung in der Mädchenberatungsstelle	-22.811
0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity	Kölsch Hätz: Zuschuss	-50.000
0508 Leistungen für Bildung und Teilhabe	Köln-Pass: Berechtigtenkreis um 10.000 Personen erweitern	-1.610.000

Zwischensumme **-2.176.211**
Freiwillige Sozialleistungen

Gesundheit

0701 Gesundheitsdienste	Sozialpsychiatrisches Zentrum (SPZ) Rodenkirchen: Rücknahme Kürzung	-120.000
0701 Gesundheitsdienste	Kölner Aids-Hilfe: Erhöhung Zuschuss	-40.000

Zwischensumme **-160.000**
Gesundheit

Sport

0801 Sportförderung / Unterhaltung von Sportstätten	Wegfall der Hallennutzungsgebühren für die Sportvereine	-320.000
---	---	----------

Zwischensumme **-320.000**
Sport

Kultur

0412 Historisches Archiv	Centrum Schwule Geschichte: angepasster Mietzuschuss und stundenweise Archivkraft	-19.000
--------------------------	---	---------

Zwischensumme **-19.000**
Kultur

Kinderbetreuung

0603 Kindertagesbetreuung	Kita: Beitragsfreiheit wieder von 12 auf 18 Monate erhöhen	-3.400.000
0603 Kindertagesbetreuung	Stellenzusetzung Kita: Ständige Vertretung vorhalten (Umsetzung des Tarifvertrages)	-1.000.000

Zwischensumme **-4.400.000**
Kinderbetreuung

Schule

0604 Kinder- und Jugendarbeit	Schulsozialarbeit für Schulen in den elf Kölner Sozialräumen	-1.320.000
-------------------------------	--	------------

0604 Kinder- und Jugendarbeit	Schulen in sozialen Brennpunkten unterstützen	-560.000
0604 Kinder- und Jugendarbeit	Mittendrin e.V.: eine Stelle in der Geschäftsstelle, Miete und weitere laufende Kosten	-80.000
0301 Schulträgeraufgaben	Offener Ganzttag (OGS): Einstieg in Ausbau und Qualität	-1.000.000
Zwischensumme Schule		-2.960.000
Kinder und Jugend		
0604 Kinder- und Jugendarbeit	Ferienhilfswerk für Jugendliche: Finanzierungslücke decken	-100.000
0604 Kinder- und Jugendarbeit	Kinder- und jugendpädagogisches Angebot am Kölnberg (eine zusätzliche Stelle Streetwork, Ausbau des Spielplatzes)	-200.000
0604 Kinder- und Jugendarbeit	Väter in Köln e.V.: erstmaliger Zuschuss	-25.000
0604 Kinder- und Jugendarbeit	Jugend- und Migrantenzentrum Nippes: Neue Formen der Partizipation, Zuschuss	-60.000
0604 Kinder- und Jugendarbeit	Jugendzentrum GmbH: Projektzuschuss Umbau Halle 59 in Kalk	-210.000
0606 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	Stadteilmütter Mülheim: Fortführung des Projektes aus Mülheim 2020	-250.000
Zwischensumme Kinder und Jugend		-845.000
Umwelt und Grün		
0902 Stadtplanung	KölnAgenda: Rücknahme der Kürzungen	-10.730
1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen	Grünflächenamt: Aufstockung der Zahl der Arbeiter um acht Stellen nach jahrzehntelangen Stellenredu-	-400.000

zierungen

Zwischensumme		-410.730
Umwelt und Grün		
Summe Aufwendungen:		-27.256.600
Erträge		
Produktgruppe		Zusetzungen (-) und Absetzungen (+)
ÜM Übergreifende Maßnahmen (Teilbereiche 1-18)	Verminderung externer Beauftragungen (Gutachten, Beratungen) durch eigenes Fachpersonal	5.000.000
ÜM Übergreifende Maßnahmen (Teilbereiche 1-18)	Zusatz von Fachpersonal zur Vermeidung externer Beauftragungen	-2.500.000
ÜM Übergreifende Maßnahmen (Teilbereiche 1-18)	Qualifizierung städtischer Mitarbeiter zur Vermeidung externer Beauftragungen	-1.000.000
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	Gewerbesteuer; Verdoppelung der Zahl der Betriebsprüfer von sechs auf zwölf	-420.000
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	Gewerbesteuer; Mehreinnahmen durch sechs zusätzliche Betriebsprüfer	4.800.000
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	Mehr Kontrollen Vergnügungssteuer (Automatenkontrollen)	1.000.000
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung der Gewerbesteuer um 10 auf 485 Hebepunkte	21.500.000
Summe Erträge:		28.380.000
Gesamt		
		Zusetzungen (-) und Absetzungen (+)
Erträge		28.380.000
Aufwendungen		-27.256.600

Gesamter VN DIE LINKE

1.123.400

Abstimmungsergebnis:

- 1 Zustimmungen: Fraktion Die Linke. (1)
- 8 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1)
- 4 Enthaltungen: BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)

Mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkungen:

Frau Volland-Dörmann und ihre Vertreterin Frau Blümel (AWO Kreisverband Köln e.V.) sowie Frau van Dawen-Agreiter und ihr Vertreter Herr Semmo (SJD - Die Falken Kreisverband Köln) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Im Anschluss stellt **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** den ergänzten Gesamtbeschluss zur Beschlussfassung.

Er weist auf die hohe Übereinstimmung in einzelnen Punkten bei den Fraktionen hin. Es gebe eine hohe Zuwendung für die Jugendhilfe, bedingt durch den außerordentlich guten Haushalt.

**2.1 Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2018 sowie der Finanzplanung bis 2021
2972/2017**

Geänderter Beschluss (*Änderungen kursiv markiert*):

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen zu dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurfs für den Haushalt 2018 *unter Berücksichtigung der nachfolgend dargestellten Änderungen* sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 für den Bereich der Jugendhilfe:

<i>TP</i>	<i>Maßnahme</i>	<i>Verbesserung 2018</i>	<i>Verschlechterung 2018</i>	<i>Haushalts- und Sperrvermerke</i>

604	FreD	0 Euro	35.000 Euro	Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumenten; dauerhaft für die Förderung zusätzlicher Projekte der Jugendarbeit
604	KIDsmiling	0 Euro	20.000 Euro	Zusätzliche Förderung von Fußballtrainings etc. / Personal
604	Erziehungsberatung - Abschmelzen des erhöhten Trägeranteils	0 Euro	300.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	EigenArt e.V. - Berufsorientierung rrh. Köln, Finanzierung einer Stelle	0 Euro	56.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Projektförderung Freakout	0 Euro	50.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Ferienhilfswerk	0 Euro	100.000 Euro	Stadtranderholung; Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Väterarbeit in Köln	0 Euro	30.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Ring politische Jugend	0 Euro	4.440 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Wilhelmshof (Jugendfarm)	0 Euro	65.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Traube e. V.	0 Euro	30.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Hennamond	0 Euro	50.000 Euro	Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung
604	Schlau e. V./Anyway (Schul-aufklärung)	0 Euro	60.000 Euro	Freigabe durch Fach- und Finanzausschuss
604	Personalaufwand für die Erneuerung von Spielplätzen	0 Euro	85.000 Euro	
	Gesamt	0 Euro	885.440 Euro	

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), BDKJ Erzdiozese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Volland-Dörmann und ihre Vertreterin Frau Blümel (AWO Kreisverband Köln)

e.V.) sowie Frau van Dawen-Agreiter und ihr Vertreter Herr Semmo (SJD - Die Falken Kreisverband Köln) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Gesetzentwurf des Landes "Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen" 3107/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass es sich hier um die bislang noch nicht beschlossenen Mittel handele, die mit einem hohen Anteil nach Köln fließen sollen.

Frau Laufenberg berichtet, dass der Nachtragshaushalt mit einer Zusetzung in Höhe von 500.000.000 Euro für das Kita-Rettungsprogramm soeben im Landtag beschlossen worden sei. Das Rettungsprogramm für die Kitas sei notwendig gewesen. Man werde nun das Thema KiBiz angehen, um die Situation der Träger in Nordrhein-Westfalen mittel- und langfristig zu verbessern.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen gibt zu bedenken, dass der städtische Trägeranteil bereits im Haushalt gewährleistet wird. Es stelle sich die Frage, wie der Überschuss in Höhe von 15.000.000 Euro verplant werde. Es wäre gut, wenn ein Teil davon in den Kita-Bereich fließen könne und nicht nur zur Schuldentilgung verwendet werde.

Daher sei er auf die Sitzung des Finanzausschusses gespannt.

3.2 Leitprojekte des Dezernates IV 3161/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass dieser Themenkomplex erneut in einer der nächsten Sitzungen aufgerufen werde.

Frau Jahn erkundigt sich nach dem Hintergrund eines Schreibens von der Gewerkschaft Verdi zur Einrichtung von ständigen Vertretungen in städtischen Kitas. Sie bittet um eine Einschätzung der Verwaltung zu diesem Thema.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist auf eine Beantwortung des Dezernats I im morgigen Finanzausschuss hin. Die Regelung zu einer ständigen **Vertretung** sei im TVÖD festgelegt. Man führe dazu bereits seit den Sommerferien Gespräche mit dem Personalrat. Die Verwaltung unterstütze den Einsatz von ständigen Vertretungen in Kitas. Die Installation einer ständigen Vertretung in städtischen Kitas impliziere erhebliche Stellenzusetzungen. In Verbindung mit dem Haushalt entstehe somit ein Spannungsfeld. Zur Zeit finden diesbezüglich Abstimmungsgespräche in der Verwaltung hinsichtlich der Veranschlagung im Haushaltsplan statt. Es seien verschiedene Modelle, wie beispielsweise ein Stufenverfahren, im Gespräch.

Frau Jahn fragt an, ob diese Regelung nur die städtischen Kitas betreffe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt, dass die Stadtverwaltung dies nur für städtische Kitas regeln könne.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet um Sachstand zu dem Thema ständige Vertretung in städtischen Kitas zu gegebener Zeit.

Frau Dr. Butterwegge erinnert, dass die Stellenzusetzung aufgrund der Einrichtung einer Vertretung der Leitung einer Kita Teil des Verwendungsnachweises der Fraktion Die Linke. sei. Sie fragt an, ob die Möglichkeit bestehe, diese Stellenzusetzungen im Haushaltsplan 2018 noch unterzubringen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt den Stellenplan als Bestandteil des Haushalts als abgeschlossen. Es stelle sich nun die Frage, wie eine Zusetzung unterjährig bewerkstelligt werden könne. Dieses Thema werde im morgigen Finanzausschuss behandelt.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Voous (Schriftführerin)